DIE LINKE. im Stadtrat Fürth, Königstraße 95, 90762 Fürth

Direktorium
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Thomas Jung
- Rathaus -
90744 Fürth

Königstraße 95, 90762 Fürth
stadtrat@die-linke-fuerth.de
www.die-linke-fuerth.de

Niklas Haupt
Gruppensprecher
Telefon: 0157 30463784

Ruth Brenner
Stellv. Gruppensprecherin

Ulrich Schönweiß

Fürth, 26.07.2022

Ergänzungsantrag zu TOP Ö15 in der Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses am 27.07.2022 – Armut überwinden

Sehr geehrter Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung,

zur Sitzung Finanz- und Verwaltungsausschusses am 27.07.2022 stellt die Stadtratsgruppe der LINKEN den folgenden Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt Ö15:

Der Stadtrat setzt sich für eine deutliche Erhöhung der staatlichen Transferleistungen, insbesondere von Hartz IV, ein und vertritt diese Haltung aktiv in den zuständigen Gremien wie z.B. dem Städtetag und fordert dies von der aktuellen Bundesregierung ein.

Begründung:
Die derzeitige Lage der Tafel zeigt die existentieller Nöte vieler Fürther Bürgerinnen und Bürger auf, welche sich in den letzten Monaten verschärft haben und in den kommenden Monaten weiter verschärfen werden. Die Unterstützung der Tafel ist daher richtig und wichtig!
Gleichzeitig muss es unsere politische Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass sich die Bevölkerung ausreichend und gut ernähren kann, ohne dabei auf Lebensmittelspenden angewiesen zu sein. Die reine Existenz von Tafeln in einem der reichsten Länder der Welt, zeigt eine falsche politische Prioritätensetzung in den vergangenen Jahrzenten. Die derzeitige vielschichtige Krise muss zum Anlass genommen werden, um vor allem die finanziell schwächsten Menschen in unserer Gesellschaft zu unterstützen. Eine Erhöhung der stattlichen Transferleistungen von wenigen Euros ist angesichts der steigenden Kosten in fast allen Lebensbereichen nicht ausreichend. Wir teilen die Feststellung von Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, der in einer Pressemitteilung kürzlich mit folgenden Worten zitiert wurde: „Wer ein armutsfestes Bürgergeld will, kommt um eine Anhebung der momentanen Grundsicherung um mindestens 50 Prozent nicht herum”. Dass

die notwendigen finanziellen Spielräume hierfür durchaus gegeben sind, wurde mit der dem 100 Milliarden-Pakt für die Bundeswehr nachdrücklich unter Beweis gestellt.

Mit Freundlichen Grüßen

Niklas Haupt Ruth Brenner Ulrich Schönweiß

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte Niklas Haupt